

Antrag

Initiator*innen: SPD-Ortsverein Bautzen und Umgebung

Titel: **Mehr Demokratie wagen – Partizipation als
Antwort auf die Repräsentations-Krise**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Der Unterbezirk Bautzen/Budyšin bittet den SPD-Landesparteitag sowie die SPD-
2 Verantwortungsträger in der sächsischen Landesregierung und im sächsischen
3 Landtag, sich dafür einzusetzen, in Sachsen eine starke Säule der direkten
4 Demokratie neben der Säule der repräsentative Demokratie aufzubauen. Neben den
5 im Koalitionsvertrag genannten, jedoch nur Ja/Nein-Entscheidungen
6 ermöglichenden, Volksabstimmungen sollen insbesondere konsensierungsbefähigte
7 Bürger*innenräte befördert werden.

Begründung

8 Der sächsische Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und B90/GRÜNE sieht im
9 Kapitel "Demokratie / Bürgerbeteiligung" die Herabsetzung der Hürden für
10 Volksanträge, Volksbegehren und Volkentscheide vor. Das ist sehr begrüßenswert.
11 Dem Titel des Koalitionsvertrages "... Neues ermöglichen, Menschen verbinden"
12 folgend sollte aber auch eine bei uns tatsächlich neue, und dabei gleichzeitig
13 die Menschen tatsächlich verbindende Art der direkten Demokratie, die
14 sogenannten Bürger*innenräte, gefördert werden.

15 Während bei Volksabstimmungen das Volk letztlich nur mit Ja oder Nein antworten

16 und damit in ungünstigen Fällen die Spaltung der Gesellschaft sogar verschärfen
17 kann (siehe Brexit), bieten Bürger*innenräte die Chance auf eine nachhaltig
18 wirksam werdende Konsensentscheidung. Die Schwarmintelligenz der breiten
19 Bevölkerung wird, völlig frei von parteilichen und anderen Abhängigkeiten und
20 Profilierungszwängen, zur Erarbeitung von partei-, generations- und
21 standesübergreifend Lösungen genutzt. Die Räte bieten, wenn in hoher Qualität
22 und Quantität durchgeführt, der breiten Bevölkerung ohne Ausschluss von bisher
23 unterrepräsentierten Gruppen eine bisher in der Bundesrepublik völlig neue
24 politische Gestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrung für Jedermann. Dies
25 birgt große Chancen im Kampf gegen Politikverdrossenheit. Die in
26 Bürger*innenräten liegenden Potential wurden bereits auch in einigen Beispielen
27 erfolgreich gezeigt.

28 Die repräsentative Demokratie wurde vor über 200 Jahren statt der direkten
29 Demokratie eingeführt, um das Volk durch eine Wahl-Aristokratie einzuhegen und
30 vor sich selbst zu schützen. In der Zwischenzeit ist jedoch viel passiert: Die
31 Demokratie stellt sich selbst in Frage. Gleichzeitig befinden sich
32 Bildungsniveau und Zugang zu Informationen für die breite Bevölkerung auf einem
33 bisher nie erreichten Level. Bei der Bestimmung der Repräsentanten wurden große
34 Fortschritte gemacht. Frauen wird das aktive und passive Wahlrecht zugestanden,
35 was zuvor undenkbar war.

36 Den direkten politischen Entscheidungen stehen jedoch weiterhin 99,9 % der
37 Bevölkerung fern, sie erhalten lediglich "aller Jahre wieder" die Möglichkeit,
38 analphabetengleich ein Kreuzchen zu setzen und Parteien anhand einiger Kriterien
39 einen Freifahrtschein für die kommende Regierungsperiode zu geben.

40 Für eine Partei, wichtigster Profiteur der repräsentativen Demokratie, bedeuten
41 Bürger*innenräte eine teilweise Abgabe von Macht. Das erfordert Mut und
42 Selbstlosigkeit von der SPD. Aber es lohnt sich!

43
44 -----

45 1.) Bürger*innenräte meint hier per Los aus der Gesamtbevölkerung besetzte
46 Gremien, welche z.B. je zu einem Vorhaben/Projekt unter Einbindung breiter
47 Ideenpools und Experten- und Betroffenenanhörungen Lösungen und Entscheidungen
48 entwickeln. Professionelle Großgruppenmoderationen (z.B. Verhinderung von
49 Meinungsführerschaften, systemisches Konsensieren), Wertschätzung der Teilnehmer
50 (u.a. durch Sitzungsgeld, Lohnausfallentschädigung, Kinderbetreuung, Catering
51 etc.) sowie die Zusicherung des Entscheidungsmandates an die Räte sind wichtige
52 Voraussetzungen für den Erfolg.

53 2.)

54 David Van Reybrouck, 2015 "Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch
55 ist"; bringt u.a. Beispiele aus der Bewältigung einer irischen Verfassungskrise;
56 in Frankreich erarbeitet ein Bürgerrat Maßnahmen zum Klimaschutz, Das Parlament
57 der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien beruft Bürgerversammlungen und
58 Bürgerräte mit starken Kompetenzen, u.v.m.

59 3.)

60 Rancière 2011, S. 80 "Dass man die Demokratie völlig selbstverständlich mit
61 einer gewählten, repräsentativen Regierungsform gleichsetzt, ist dagegen ein
62 historisch noch sehr junges Phänomen. Ihrem Ursprung nach ist die Repräsentation
63 eigentlich das genaue Gegenteil von Demokratie. Zu Zeiten der amerikanischen und
64 französischen Revolution ist dies auch jedermann bekannt. Und die Gründungsväter
65 sowie viele ihrer französischen Nacheiferer sehen darin das rechte Mittel für
66 die Elite, die Macht, die sie dem Volk zuerkennen müssen - die das Volk jedoch
67 nicht ausüben könnte, ohne das Regierungsprinzip selbst zu zerrütten -, de facto
68 im Namen des Volkes auszuüben. {...} Heute mag die "repräsentative Demokratie"
69 wie ein Pleonasmus (= rhetorische Figur durch Wortreichtum ohne
70 Informationsgewinn) anmuten. Aber zuerst war sie ein Oxymoron (= rhetorische
71 Figur aus zwei gegensätzlichen, einander widersprechenden oder sich
72 ausschließenden Begriffen).

73 4.)

74 Philip Manow, 2020: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 13 "(Die These)
75 ... von der Demokratisierung der Demokratie, lautet, dass wir es zunächst
76 eigentlich mit einer Krise der Repräsentation, nicht aber mit einer Krise der
77 Demokratie zu tun haben. Ganz im Gegenteil: Die Krise der Repräsentation sollte
78 als eine Konsequenz der massiven Ausweitung politischer Partizipationschancen
79 verstanden werden, die wir momentan erleben. Die Demokratie ist also
80 »demokratischer« geworden, sie hat sich demokratisiert."